um Angora und weiter ostwärts sehr schwer beizukommen ist. Aber selbst wenn der griechische Vormarsch so flott erfolgen könnte, daß die Bagdad-Linie in die Hand der Sieger fiele, wäre zwar der türkische Widerstand in der Hauptsache als gebrochen zu bezeichnen; es ist aber nicht anzunehmen, daß die Griechen aus diesen militärischen Erfolgen großen Nutzen ziehen können. Denn außer England betrachten alle an den orientalischen Fragen interessierten Mächte die griechische Ausbreitung mit scheelen Blicken. Auch Italien, trotzdem sich jüngst erst eine Abkühlung der Beziehungen zu den Kemalisten herausgestellt hat. Hinzu kommt, daß auch Frankreich eine Ausdehnung Griechenlands mit großem Mißtrauen verfolgen würde. Wenn also auch die militärische Lage der Kemalisten nicht gerade optimistisch zu beurteilen ist, so braucht die politische Seite noch in keiner Weise zu ihren Lasten gebucht zu werden. Vielleicht wird sich jetzt noch schwerer als vorher eine Revision des Vertrages von Sevres durchsetzen lassen, aber sie wird schon deshalb kommen müssen, weil sonst die Griechen im Orient eine Vormachtstellung erringen, mit der die Italiener und Franzosen in keiner Weise einverstanden sein werden. Englands Bestreben ist es, Italien in eine Orientabmachung einzubeziehen. Wenn dies gelingt, wären die Franzosen mit ihrer türkenfreundlichen Politik aufs Trockene gesetzt.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Französische Kriegsgreuel an Deutschen. In der „Humanitee" erhebt Henry Barbusse gegen den Hauptmann Matis vom 184. Infanterieregiment Anklage, daß er bei Sleury 180 deutsche Krieger im Schützengraben nach Beendigung des Kampfes habe niedermachen lassen. Als das Bataillon zurückkam, habe sich der Oberst des Regiments über die geringe Zahl von 20 Gefangenen gewundert. Matis erklärte, die anderen seien unten im Schützengraben geblieben. Noch nach dem Kriege habe sich der zum Major beförderte Hauptmann dieser Tat gerühmt.

Zum Raubüberfall beim Obersten Freiberg. Die Berliner Polizei ermittelte zwei der Kraftwagenführer, die die Diebe der politischen Akten nach der Wohnung des Obersten Freiberg gefahren haben. Ihre Aussagen dürften zur baldigen Verhaftung der Täter führen.

Max von Beseler gestorben. Der frühere preußische Staatsminister Dr. Max von Beseler ist im achtzigsten Lebensjahre in Berlin gestorben.

Die kommunistische K. O. vor dem Sondergerichtshof. Vor dem Sondergerichte in Frankfurt a. M. begann die Verhandlung gegen 20 Kommunisten, denen zur Last gelegt wird, ohne Genehmigung der zuständigen Dienststellen Personen zu Verbänden militärischer oder politischer Natur zusammengeschlossen oder an solchen Verbänden teilgenommen zu haben oder dazu durch Rat oder Tat wissentlich Hilfe geleistet zu haben. Die Anklage stützt sich auf das Material der Kommunistischen Arbeiterpartei, deren Aufzeichnungen über die Kampforganisation (K. O.) am 15. September 1920 in der Wohnung der Frau Kuecker-Neukölln von der Kriminalpolizei beschlagnahmt wurden. Daraus geht nach der Anklage hervor, daß die Kampforganisationen völlig militärisch gegliedert sind und eine Reichsleitung haben, die in den Händen des Angeklagten Georg Viktor Kuns, geboren zu Marseille, zur Zeit in Haft, liegt, dem als Adjutant ein gewisser Feind zur Seite stand.

Die Knebelung der deutschen Presse im besetzten Gebiete. Die „Düsseldorfer Zeitung", die bekanntlich vom 17. Juli ab auf acht Tage verboten worden war, ist nunmehr mit Wirkung vom 17. Juli ab auf weitere drei Monate von der Besatzungsbehörde verboten worden. Reichstagsabgeordneter Dr. Quaatz-Essen richtete daher folgendes Telegramm an die Reichsregierung: „Düsseldorfer Zeitung" vom 17. Juli ab auf drei Monate ohne Angabe von Gründen verboten. Was gedenkt die Reichsregierung zum Schutze der deutschen Presse zu tun?"

Buchdruckerstreik in Köln. Die Kölner Buchdruckergehilfen sind wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten. Alle Zeitungsdruckereien sind geschlossen.

Schutzpolizei und Reichswehr. Die „Allgem. Ztg. f. Mitteldeutschland" in Halle a. S. berichtet aus zuverlässiger Quelle, daß politische Gruppen am Werk sind, die Sipo gegen die Reichswehr aufzuhetzen. Es ist ein Runderlaß an die Sipo bekannt geworden, der diesem Zweck dienen soll. Die Sipo soll dahin beeinflußt werden, daß sie sich im Falle eines Putsches neutral verhält und eine Unterstützung der Reichswehr ablehnt. In den Rechtsparteien ist man eifrig bemüht, den Urheber festzustellen und hat die maßgebenden Stellen auf diese Wühlarbeit aufmerksam gemacht.

Die rote Gewerkschaftsinternationale für Moskau. Der ausführende Ausschuß der roten Gewerkschaftsinternationale hat an den in Lille begonnenen Gewerkschaftskongreß einen Aufruf gerichtet, er möge die Internationale von Amsterdam verlassen und sich der roten Gewerkschaftsinternationale von Moskau anschließen. Der Aufruf ist vom deutschen kommunistischen Gewerkschaftsführer Wieser mit unterzeichnet.

Wiedereinsetzung ins Amt. Der Amtmann Baumann in Lörrach war vor einiger Zeit wegen Verweigerung des Eides auf die Verfassung auf Veranlassung des sozialdemokratischen Ministers des Innern Remmele aus dem Staatsdienst entlassen worden. Der Amtmann strengte darauf einen Prozeß gegen den badischen Staat an. Gestern hat das Landgericht das Urteil dahin gesprochen, daß die Entlassung ohne jede gesetzliche Grundlage erfolgt und deshalb unwirksam sei und daß Baumann heute noch badischer Staatsbeamter sei und als solcher Anspruch auf volles Gehalt habe.

Republik Oesterreich.

Zwischenfall in Wien. Wie berichtet, hat die Polizei den für vorgestern geplanten Demonstrationszug von Teilnehmern an der Lissafeier verboten, weil Gegenkundgebungen befürchtet wurden. Trotzdem ist es anläßlich der Bekränzung des Tegetthof-Denkmals zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Frontkämpfern gekommen. Der Gottesdienst war ohne Zwischenfall verlaufen und die Kommunisten welche sich vor der Kirche angesammelt hatten, begnügten sich mit Schmäh- und Pfuirufen. Hierauf formierten sie sich zu einem Zug und marschierten zum Tegetthof-Denkmal, wo ein Marineoffizier einen großen Kranz niedergelegt hatte. Die Kommunisten brachen in Rufe aus „Nieder mit dem Monarchistengesindel! Fort mit den schwarzgelben Hunden!" Einzelne Teilnehmer der Feier wurden umzingelt und verprügelt. Die Kommunisten suchten auch die Straßenbahnen in der Prager Straße anzuhalten und die Passagiere auf die Straße zu zerren. Nach dem Abzug der Frontkämpfer besetzten die Kommunisten das Denkmal und zerrissen den Kranz in tausend Stücke.

Belgien.

Gründung einer katholischen Internationale. Im Laufe des nächsten Monats wird in Brüssel eine katholische Internationale für den Mittelstand gegründet werden. Belgien, Holland, Frankreich und die Schweiz haben ihre Unterstützung bereits zugesagt.

England.

Im Unterhause wurden auf eine Reihe von Anfragen von den Regierungsvertretern folgende Antworten erteilt: Etwa 85 Prozent der ausgelieferten deutschen Tonnage sind England zugewiesen worden. 1 350 000 Tonnen wurden britischen und alliierten Firmen, etwa 75 000 Tonnen ehemals feindlichen Firmen überwiesen. Lloyd George sagte, er hoffe bald in der Lage zu sein, eine Erklärung über die irische Frage abzugeben. Dies werde geschehen, sobald es ausgeschlossen ist, daß der erfolgreiche Verlauf der Verhandlungen durch eine Erklärung gestört werde. Lloyd George fügte hinzu, auf die Mitteilungen der Presse über die Bedingungen solle man keinen besonderen Wert legen; die Berichte, die man gelesen habe, seien inkorrekt gewesen. Eine Anfrage Bottomleys, ob der britische Botschafter in Berlin angewiesen sei, Schritte zu unternehmen, um ein Entweichen der Kriegsverbrecher zu verhindern, wurde von Harmsworth verneint mit dem Bedeuten, die Regierung sei nicht der Meinung, daß dies erforderlich sei.

Japan.

Vertrag von Trianon ratifiziert. Der Kaiser von Japan hat, wie der Temps mitteilt, am 19. Juli den Vertrag von Trianon ratifiziert.

Amerika.

Ein neuer souveräner Staat. Der „Newyork Herald" meldet aus Washington, daß die Verhandlungen über den Abschluß einer Vereinigung der fünf mittelamerikanischen Republiken Panama, San Salvador, Guatemala, Nikaragua und Costarica zu einem einzigen souveränen Staate vor ihrem Abschlusse ständen.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 26. Juli 1921.

—* **Gewitter.** Nach dreiwöchiger Hitze und drückender Schwüle des heutigen Tages, der wohl einer der heißesten gewesen sein dürfte, brachte das nachmittags in der vierten Stunde über unsere Gegend ziehende Gewitter einen Witterungsumschlag. Der ersehnte Regen trat ein und tränkte die dürstenden und ausgetrockneten Fluren einigermaßen. Leider war die Feuchtigkeit noch zu wenig. Für die Getreideernte ist ja das sommerliche Wetter äußerst günstig, aber die Hackfrüchte schmachten nach Feuchtigkeit und das Gartengemüse ist im Wachstum sehr behindert. Auf dem leichten Boden fangen die Kartoffeln an umzufallen und abzusterben, obwohl die Knollenbildung sich noch im ersten Stadium der Entwicklung befindet. Auch der Futtermangel macht sich in der Landwirtschaft sehr bemerkbar. Viele müssen in ihrer Not bereits zu den für den Winterbedarf vorgesehenen Heuvorräten greifen.

—* **Fahrraddiebstahl betr.** Zu dem gestern gemeldeten Fahrraddiebstahl sei noch nachzutragen, daß das Fahrrad mit einem englischen Tretkurbellager versehen ist, das schwalbenschwanzähnlich zusammengesteckt und in der Mitte mit einer Schraube mit Linksgewinde, die mit einem Steckschlüssel angezogen werden muß, verbunden ist. Ferner hat das Fahrrad einen auffallend hohen Rahmenbau, der hinten 8 Zentimeter höher als vorn ist. Die Fahrradnummer ist 4541. Der Bestohlene setzt für die Wiedererlangung des Rades eine Belohnung von 200 Mark aus.

—* **Verbot des Rauchens in Waldungen.** Auf die amtliche Bekanntmachung, die das Verbot des Zigarrenrauchens und des Rauchens aus offenen Pfeifen in Waldungen, ferner die Bekämpfung von Waldbränden in Erinnerung bringt, sei hierdurch besonders verwiesen.

—g. **Dresdner Landgericht.** Die Kaufleute B. und M. in Riesa hatten wegen Ueberschreitung der Höchstbezw. Richtpreise beim Verkauf von Rund- und Stabeisen Strafbefehle über je 15 000 Mark erhalten, dagegen aber Einspruch erhoben. Das Schöffengericht Riesa verwarf am 22. April das Rechtsmittel, auch die hiergegen vor der dritten Ferienstrafkammer eingelegte Berufung war erfolglos, es bleibt demnach bei je 15 000 Mark Geldstrafe.

—* **Polizeistunde betr.** Wir werden gebeten, darauf hinzuweisen, daß die von uns gestern veröffentlichte Auslassung über die „Verlängerung der Polizeistunde" vom Sächsischen Landesverbande gegen Mißbrauch geistiger Getränke herrührt.

— **Teilweise Einstellung der Elbschiffahrt.** Wie gemeldet wird, hat die Sächsisch-Böhmische Dampfschiffahrts-Gesellschaft die Schiffahrt auf der Strecke Leitmeritz—Bodenbach einstellen müssen wegen des niedrigen Wasserstandes der Elbe. 1904 und 1911 sind noch niedrigere Wasserstände gemessen worden, allerdings erst im August. Von den oberen Stationen wird ein kleiner Wuchs gemeldet, der jedoch nur vorübergehend sein dürfte. Die Hungersteine in der Elbe bei Tetschen sind nach zehnjähriger Pause, seit dem heißen Sommer 1911, infolge der gegenwärtigen großen Trockenheit wieder erschienen.

— **Staatsminister a. D. Nitzschke gestorben.** In Leutzsch ist am Montag abend der bekannte Politiker und sächsische Staatsminister a. D. Emil Nitzschke verstorben. Nitzschke, der der demokratischen Partei angehörte, war schon seit langer Zeit leidend und hatte im Frühjahr des vergangenen Jahres das Finanzministerium krankheitshalber niedergelegt.

—* **Weitere Verteuerung der Lebensmittel.** Ueber die Ernährungslage und Lebensmittelteuerung erklärte der württembergische Ernährungsminister, daß wir in den nächsten Monaten eine nicht unwesentliche Preissteigerung bei allen Lebensmitteln zu erwarten haben werden, die auch eine Rückwirkung auf die Löhne ausüben werde. Die Industrie solle sich infolgedessen zur rechten Zeit darauf einstellen.

— **Gründung eines Landeswohnungsverbandes in Sachsen.** Das sächsische Ministerium des Innern hat, wie die Sächs. Böhm. Korrespondenz meldet, die Errichtung eines Landeswohnungsverbandes angeordnet, der alle bürgerlichen Gemeinden und selbständigen Gutsbezirke mit Ausnahme der bezirksfreien Städte umfaßt. Er erhebt die Gemeindezuschläge zu den Abgaben zur Förderung des Wohnungsbaues oder den Landes-Ersatzsteuern und hat sie zu verwalten, ferner diejenigen Mittel zu beschaffen, die als Gemeindeanteil der Baukostenbeihilfe aufzubringen sind, nötigenfalls den Bauenden auch unmittelbar Anteil an Beihilfedarlehen zu gewähren. Endlich hat er die zu seinen Gunsten eingetragenen Hypotheken zu verwalten. Für die Verbindlichkeiten haftet der Verband mit den ihm zustehenden Steueransprüchen, sowie mit seinem gesamten Vermögen, gegebenenfalls mit Nachschüssen seiner Mitglieder in unbeschränkter Höhe. Zum vorläufigen Vorstand des Verbandes sind die Bürgermeister Dr. Galtzsch-Pirna, Müller-Döbeln, Uhlig-Radeberg, Richter-Radeburg, Gemeindevorstand Schmiedel in Eibau und Stohn in Ottendorf, ferner Bürgermeister Hagemann-Dresden und Dr. Scheider-Riesa für die Kreditanstalt Sächsischer Gemeinden und Dr. Naumann, Geschäftsführer des Sächsischen Gemeindetags, bestellt worden. Für die Arbeit des Landeswohnungsverbandes sind umfangreiche Satzungen aufgestellt worden.

—* **Aus den sächsischen Landtagsausschüssen.** Zur Vorbereitung der kurzen Tagung, zu der am Freitag dieser Woche der Landtag zusammentreten soll, hielten der Rechtsausschuß und der Besoldungsausschuß am Montag längere Sitzungen ab. Der Rechtsausschuß beriet erneut über die Vorlage, betreffend die Grundsteuer und Die Gewerbesteuer. Die einzelnen Paragraphen wurden durchgesprochen. Beide Vorlagen wurden nicht als getrennte Stoffe, sondern als einheitliches Steuerprojekt behandelt, sodaß einzelne Fraktionen ihre Stellung zu der einen Vorlage von der Gestaltung der anderen mit abhängig machten. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt. Das soll erst in einer weiteren Ausschußsitzung am nächsten Donnerstag erfolgen. Der Besoldungsausschuß beschäftigte sich mit den von der Reichsregierung gegen zahlreiche Positionen des sächsischen Besoldungsgesetzes erhobenen Einsprüchen. Mit einem Teile dieser Einsprüche fand sich der Ausschuß ab. Bei einer Reihe anderer Einsprüche dagegen beschloß der Ausschuß, im Landtage vorzuschlagen, den Reichsschiedsgerichtshof dagegen anzurufen. Das gilt namentlich von den Einwendungen gegen den achtzehnprozentigen Höchstsatz der sächsischen Ruhegehälter gegenüber der vorhandenen Zahl in der Einstufung der Beamten in die drei in Frage kommenden Besoldungsklassen, gegen die Fußnoten bei den unteren Besoldungsgruppen, bei Gruppe 7 usw. Die Regierung sagte zu, bis zum nächsten Donnerstag in einer Vorlage die Differenzpunkte zusammenzustellen, um derentwillen der Reichsschiedsgerichtshof angerufen werden soll. — Auch beschloß der Ausschuß, die Regierung zu ersuchen, zu den demnächst in Berlin stattfindenden Beratungen über das Ortsklassenverzeichnis auch eine Anzahl von Landtagsabgeordneten hinzuzuziehen.

—* **Keine Erhöhung der Eisenbahntarife.** Gegenüber den Gerüchten über bevorstehende Tariferhöhungen bei der Eisenbahn wird amtlich festgestellt, daß im Reichsverkehrsministerium eine Erhöhung der Tarife im Personen- oder Güterverkehr zurzeit nicht erwogen wird. — Wie verlautet, soll der diesjährige Winterfahrplan erst am 30 Oktober in Kraft treten.

— **Kein Ende der Brotstreckung?** Die von amtlicher Seite verbreiteten Mitteilungen, daß vom 15. Aug. ab die Brotstreckung ihr Ende erreiche und das Publikum rationiertes Brot wieder in einwandfreier Beschaffenheit erhalte, werden aus den Kreisen des Bäckergewerbes als nicht den Tatsachen entsprechend bezeichnet. Es wird dabei auf folgendes hingewiesen: Bis zur Einführung der Zwangswirtschaft während des Krieges wurde Brot aus Roggenmehl oder aus Roggen- und Weizenmehl je nach der Brotsorte gebacken. Außerdem wurde ein reines Weizengebäck hergestellt. Mit Eintritt der Rationierung begann neben der hohen Ausmahlung auch die Streckung, die allerhand mehr oder weniger verdauliche Zutaten zum Brot vorschrieb. Unter diesen Zutaten oder Streckungsmitteln befanden sich auch die aus Gerste und Hafer gemahlenen Mehle, welche Getreidesorten, da sie dem menschlichen Organismus nicht zusagen, bisher nur zur Viehfütterung Verwendung fanden. Diese beiden Getreidearten sind aber im neuen Wirtschaftsjahre als Brotgetreide berechnet, so daß mit diesem Mehl nach wie vor das rationierte Brot gestreckt werden muß, denn in § 13 Absatz 2 des neuen Getreidegesetzes für 1921 heißt es: Die Umlage kann durch Lieferung von Brotgetreide (Roggen, Weizen, Spelze, Dinkel, Fesen, Emer und Einkorn), Gerste oder Hafer erfüllt werden! Gerste gilt also nach Ansicht der Reichsgetreidestelle als Brotgetreide. Danach ist es den Bäckern nicht möglich, Brot in alter Friedensbeschaffenheit herzustellen. Nun ist ja für jeden Einsichtigen klar, daß diese Getreide- und Mehlsorten herangezogen werden müssen, um die Einfuhr von Auslandsgetreide herabzumindern. Es hätte indessen von den Behörden entschieden unterlassen werden müssen, durch Verbreitung von Nachrichten, die den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechen, das Publikum in den Glauben zu versetzen, daß es nach dem 15. August rationiertes Brot in Friedensbeschaffenheit erhalten werde.

—* **Aufhebung der Verordnung über Schrotmühlen.** Die Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 16. Dezember 1920, betr. das Verbot, Schrotmühlen mit Sichtvorrichtungen oder Sichtvorrichtungen, die zur Anbringung an Schrotmühlen geeignet sind, anzubieten, anzupreisen oder abzusetzen, wird durch Verordnung des Landeslebensmittelamtes vom 23. d. M. aufgehoben.

—* **Die neuen Postkarten erscheinen.** Die Postkarten werden jetzt nicht mehr von der Reichsdruckerei in Berlin, sondern in München gedruckt. Die ersten neuen Postkarten werden Ende Juli dort versandbereit sein. Es sind solche zu 30 und 40 Pf. Sie haben aber nicht mehr dasselbe Bild wie die Briefmarken, sondern ein besonderes, das eines reitenden Postillons nach dem Entwurf von Schnarrenberger. Durch eine Landschaft mit zwei Bäumchen zieht sich ein weißer Streifen, der den Eindruck eines Baches macht, aber offenbar ein Weg ist, da darauf der Postillon galoppiert. Der Himmel ist mit den Strahlen der Sonne erfüllt. Auf ihm ist groß, aber nicht stilisiert, die Wertzahl angebracht. Unten zeigt ein Band nur die Inschrift Deutsches Reich. Auch das ganze Bild ist mit Schlangenlinien eingefaßt. Es ist verhältnismäßig groß, 25 mal 82 Millimeter. Die ganze Postkarte erhält außerdem noch eine dreilinige Umrahmung. Die Farbe des Markenbildes und des Aufdrucks ist wie bei den gleichwertigen Ziffernmarken für 30 Pf. grün, für 40 Pf. dunkelorange. Von den neuen Karten gibt es aber zunächst nur wenige. Für Sammler werden sie schon jetzt bei der Markenverkaufsstelle des Briefpostamts in Berlin zu haben sein. Sonst müssen überall zunächst die großen Vorräte an Karten mit dem Germaniabild aufgebraucht werden.

—* **Aufhebung von Einfuhrverboten in Norwegen.** Der Verband Sächsischer Industrieller hatte sich wiederholt an das Auswärtige Amt und an den deutschen Generalkonsul für Norwegen gewandt, um die außerordentlichen Einfuhrerschwerungen und die zahlreichen Einfuhrverbote, die gerade Norwegen zum Schaden der deutschen Industrie erlassen hatte, zu mildern und zu beheben, gilt es doch in Norwegen nur in wenigen Fällen eine eigene Industrie zu schützen. Die norwegische Regierung scheint nunmehr auch gewisse Konzessionen zu machen. Von offiziöser Seite wird mitgeteilt, daß mit Wirkung vom 2. ds. Mts. das Einfuhrverbot für Flügel, Pianos, Orgeln, Harmoniums, Schokolade, Lampen, Spielkarten, Parkettfließen, Personenwagen und Schlitten aufgehoben worden ist.

* **Röderau.** Bahnhofsvorsteher Heil auf Bahnhof Röderau wurde zum Eisenbahnobersekretär befördert.

* **Wehlen.** Sonntag morgen gegen 10 Uhr brach im Bastei-Gebiet oberhalb des Amselgrundes in der Umgebung der sogenannten Lokomotive ein großer Waldbrand aus. Die Flammen fanden in dem dürren Unterholz und den durch die andauernde Hitze ausgedörrten Stämmen reichliche Nahrung und breiteten sich mit ungeheurer Schnelligkeit aus. Der zahlreichen Touristen, die sich in den angrenzenden Wäldern gelagert hatten, bemächtigte sich eine Panik. Dank dem schnellen Einschreiten einiger Touristen und dem festen Zugreifen der Königsteiner und Schandauer Wehren, die auf dem Dampfschiff herbeigeeilt waren, konnte der weiteren Ausbreitung des Feuers schließlich durch Gräben-

Nicht Kaufpreis

sondern Kilometerleistung ist ausschlaggebend. Je größer diese, desto sparsamer und billiger der Reifen. Darum fahr den bewährten

Continental Pneumatik